

Die Zeitung *Beijing Youth Daily* (*Qingnian Bao*) lobte die Abschaffung des Verbots in Jiangsu als „Schutz der Privatsphäre“ der Bürger. Es zeige, dass sich die Einstellung der Regierung wandelt und nunmehr mehr Wert auf Rechtsstaatlichkeit gelegt wird. Auch chinesische Rechtsexperten sehen in dem Schritt der Provinz Jiangsu einen Fortschritt für die Rechte des Einzelnen in China.

Die Legalisierung des Zusammenlebens von Paaren ohne Trauschein in Jiangsu ist diesen Monat auch zum Gegenstand der Diskussion in chinesischen Internet-Chatrooms geworden. Während eine Minderheit moralische Bedenken äußerte, befürwortete eine Mehrheit – der sicherlich eher jungen Diskussionsteilnehmer – die Entscheidung der Provinzregierung in Jiangsu. Gemäß einer vom Internetportal Sohu durchgeführten Umfrage, stehen 85% der Teilnehmer hinter dieser Reform. (SZ, 11.7.03; SCMP, 14.7.03; CD, 22.7.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 SARS und die Reform des chinesischen Gesundheitswesens

Ende Juli meldete das Gesundheitsministerium, dass sich nur noch 12 SARS-Patienten in Beijinger Krankenhäusern aufhalten würden. Da dies nur wegen der Behandlung anderer Krankheiten erforderlich sei, habe China SARS besiegt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat diese Entwicklung begrüßt, jedoch zugleich darauf hingewiesen, dass die Krankheit leicht wieder auftreten könne. „Ein Kapitel ist abgeschlossen“, sagte der Leiter des Beijinger WHO-Büros, „aber damit ist es nicht notwendigerweise vorbei“. Ähnliche Einschätzungen haben Gesundheitsexperten auch für die übrigen betroffenen Länder abgegeben. Wichtig sei es, bis zum möglicherweise erneuten Ausbruch im Winter entsprechende Vorkehrungen zu treffen, z.B. durch die Entwicklung eines Schnelltests. Aber auch dann würden, so Klaus Stohr, der Lei-

ter des Grippeprogramms der WHO, enorme Probleme für China entstehen. Dies zeige eine Studie für die Provinz Guangdong, in der die Krankenakten von 46.000 Patienten mit Atemwegserkrankungen für die Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2002 ausgewertet wurden. Rund 20% von ihnen zeigten klinische Anzeichen, die auf SARS hätten hindeuten können. Alle Patienten mit grippeähnlichen Symptomen zu untersuchen, würde das chinesische Gesundheitswesen vor enorme Probleme stellen (IHT, 29.7.03; WSJ, 31.7.03).

SARS hat die Mängel dieses Gesundheitssystems sehr deutlich werden lassen, auch für die chinesische Führung. So reagierte sie sehr schnell, als Ende April im inneren der südchinesischen Provinz Guangdong eine Reihe von Enzephalitis B-Fällen gemeldet wurden. Gewöhnlich tritt diese Krankheit nach Angaben der Behörden erst im Juni im Süden auf und verbreitet sich dann gen Norden. Der Höhepunkt wird regelmäßig im Sommer erreicht und erstreckt sich meist bis September. Jetzt gab es Ende Juni bereits 310 bestätigte Erkrankungen und 27 Todesfälle (davon 90% Kinder unter 11 Jahren), die örtlichen Behörden sowie das Gesundheitsministerium erklärten jedoch übereinstimmend, dass die Lage unter Kontrolle sei. Umso erstaunlicher ist, dass die bekannten Fälle ständig zunahm und z.B. der stellvertretende Gouverneur der Provinz alle Verantwortlichen zu erhöhter Aufmerksamkeit aufrief (XNA 23., 29.6.03; ST, 3.7.03).

Die chinesische Führung hat unterdessen nicht versäumt, den Erfolg im Kampf gegen SARS für ihre eigene Legitimation zu nutzen. So hob der Generalsekretär der KP Hu Jintao in seiner Rede zum Gründungstag der Partei hervor, dass der Sieg über die Krankheit in erster Linie der Einheit und dem heroischen Kampf der gesamten Partei und der gesamten Nation zu verdanken sei. Auch die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi, die für die Bekämpfung von SARS verantwortlich war, hob den „Anti-SARS-Geist“ hervor, den es zu stärken und zu erhalten gelte. Beide – Hu wie Wu – betonten aber auch vor allem die Notwendigkeit, das öffentliche Gesundheitssystem unter Nutzung der gemachten Erfahrungen auszubauen.

en. SARS, so Wu, habe die Schwächen des Systems offen gelegt, seine fehlende Wachsamkeit gegenüber gesundheitlichen Notfällen, seine inadäquaten Kontrollmechanismen für ansteckende Krankheiten, die Nachlässigkeit bei der Einhaltung der Gesundheitsgesetze und seine Mängel im ländlichen Bereich. Alle im Gesundheitswesen Tätigen sollten mit dem notwendigen „Anti-SARS-Geist“ dazu beitragen, das Gesundheitswesen zu verbessern (XNA, 1., 29.7.03).

Inzwischen sind auch einige konkrete Maßnahmen bekannt geworden, sowohl auf zentraler wie auch auf lokaler Ebene:

- Der Nationale Volkskongress hat die Ergänzung zweier Gesetze für 2003 auf die Agenda gesetzt. Damit sollen vorhandene Lücken im Gesetz zur Verhütung und Kontrolle ansteckender Krankheiten geschlossen werden, vor allem sollen fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Krankheiten ergänzt und die zu allgemeinen Bestimmungen für das Meldewesen konkretisiert werden; und das Gesetz zum Schutze wilder Tiere soll erweitert werden, um die Übertragung von Krankheiten zu verhindern (XNA, 16.6.03).
- Die staatlichen Krankenhäuser sollen durch zusätzliche Investitionen seitens des Gesundheitsministeriums und der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission leistungsfähiger gemacht werden. Um dieses Ziel angesichts begrenzter öffentlicher Mittel zu erreichen, soll sich dieses Bemühen nach Angaben von Cai Renhua, Direktor des China National Health Economics Institute, auf bestimmte allgemeine Krankenhäuser sowie Krankenhäuser für Infektionskrankheiten und traditionelle chinesische Medizin konzentrieren, während viele andere aus dem staatlichen Eigentum entlassen werden und nach Marktprinzipien arbeiten sollen (XNA, 31.7.03).
- Die Stadt Beijing hat Mitte Juli eine Arbeitskommission eingesetzt, die Vorschläge für die

Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung machen soll. Zugleich wurde angeordnet, alle Hunde gegen Tollwut und alle Schweine gegen Enzephalitis B impfen zu lassen (XNA, 14., 26.7.03).

- In der Provinz Guangdong wurde vom Volkskongress nach heftigen Diskussionen am 25. Juli eine Verordnung verabschiedet, die den Umgang mit wilden Tieren regelt. Danach soll die Bevölkerung ihre Gewohnheit aufgeben, wilde Tiere zu essen bzw. diese nicht ohne besondere Gesundheitskontrollen zu essen. Umstritten war bis zuletzt die Definition „wilder Tiere“. Eine Liste von Tieren wurde nicht aufgenommen, da es den Gesetzgebern vor allem um eine Verhaltensänderung der Bevölkerung geht, deren Essgewohnheiten in den Verdacht geraten waren, für den Ausbruch von SARS verantwortlich zu sein (XNA 22., 25.7.03).
- Shenzhen hat begonnen, ein elektronisches Informationssystem aufzubauen (e-hospital), mit dessen Hilfe sich Patienten über Krankenhäuser und Ärzte über Patienten informieren können sollen (XNA, 21.7.03).

Über 40 chinesische und ausländische Spezialisten haben sich Ende Juli in Shanghai getroffen, um über Maßnahmen zur Verhütung und Kontrolle ansteckender Krankheiten zu diskutieren. Die Teilnehmer dieser auch von der Max-Planck-Gesellschaft unterstützten Tagung betonten übereinstimmend die Notwendigkeit internationaler Kooperation und wollen u.a. Vorschläge zum Aufbau einer Präventivmedizin in China erarbeiten (XNA, 30.7.03). Wie notwendig dies ist, zeigen auch einige statistische Angaben, die das chinesische Gesundheitsministerium Mitte Juli machte. Danach wurden in der ersten Hälfte 2003 in 31 Provinzen und Regionen auf Provinzniveau insgesamt 1.000.305 Fälle von 27 Infektionskrankheiten gemeldet. Dies sei zwar gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 4,34%, die Todesrate sei aber um 9,86% auf 2.228 Fälle gestiegen. Von den gemelde-

ten Infektionen und Todesfällen gehen 5.327 bzw. 348 auf das Konto von SARS (XNA, 16.7.03). Aber auch die anderen Infektionen fordern ihre Opfer. So sollen nach WHO-Angaben rund 5 Mio. Chinesen an Tuberkulose leiden und 10% der Bevölkerung an chronischer Hepatitis B (NZZ, 12./13.7.03). Und kürzlich erst haben die chinesischen Behörden offiziell die Schwere der Ausbreitung von AIDS/HIV anerkannt, wenn auch nicht in dem Ausmaß der Schätzungen und Vorhersagen der UN, die bis 2010 zehn Millionen AIDS-Kranke für möglich hält (vgl. C.a., 2002/12, Ü 18).

AIDS, so chinesische Bevölkerungspolitiker, sei vor allem für die Jugendlichen zwischen 15 und 30 Jahren ein großes Problem; 60% der HIV-Infizierten gehöre dieser Gruppe an. Dies hänge vor allem mit dem freieren Umgang mit Sex sowie der fehlenden Sexualerziehung zusammen. Noch würden sich zwar ca. 60% über Drogenkonsum infizieren, die Zahl der durch ungeschützten Sex Erkrankten nehme aber zu und betrage derzeit 10-11%. Zu ihrer Aufklärung wurde nun erstmals von der NGO Marie Stopes International eine interaktive Homepage (www.youandme.net.cn) eingerichtet (XNA, 11., 14.7.03; ST, 12., 15.7.03).

Wie SARS so zeigt auch die Behandlung von AIDS, vor allem auch das jahrelange Verschweigen, die Verantwortung der Behörden. Eine gewisse Veränderung in der Einstellung zur Krankheit dürfte sich auf die Ebene der Zentralregierung beschränken. Vorschläge, AIDS-Kranke wie die mit SARS Infizierten einfach zu isolieren, zeigen dies ebenso wie das massive Vorgehen der Polizei gegen Protestierende in Henan, die die gesundheitliche Versorgung ihrer AIDS-infizierten Angehörigen und Kompensationen für die Familien forderten. Dass die Polizei Demonstranten inhaftierte, ist umso skandalöser, als die Infektionen durch von Lokalregierungen genehmigten Bluthandel verursacht wurden. Letztlich mache dieses Verhalten aber auch deutlich, so die *New York Times*, dass von AIDS vor allem die machtlose Landbevölkerung betroffen sei, während SARS direkt die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes bedroht hat (WSJ, 15.7.03; IHT, 15.7.03).

Die Probleme der ländlichen Gesundheitsversorgung macht der Fall Henan ebenfalls deutlich. Der Leiter eines Programms der Zentralregierung zur Versorgung der Betroffenen mit Medikamenten erklärte, dass ihm zwar genügend Medikamente zur Verfügung stünden, es aber auf dem Lande an Ärzten mangle, die diese verabreichen könnten (SCMP, 16.7.03). Der Soziologe Li Peilin sieht daher auch das ländliche Gesundheitswesen „dem Zusammenbruch nahe“. Auf dem Lande die ausreichende medizinische Versorgung zu schaffen, ist für den stellvertretenden Gesundheitsminister Gao Qian die wichtigste Aufgabe seines Ministeriums. Nach WHO-Angaben wendet China jährlich 5,4% seines BIP für die Gesundheitsversorgung auf, deutlich weniger als in den westlichen Industriestaaten üblich, aber mehr als in südostasiatischen Schwellenländern. Von den Gesamtausgaben erhält das Land, das noch 70% der Bevölkerung beherbergt, allerdings nur 20% (NZZ, 12./13.7.03). Alle bisher bekannt gewordenen Vorschläge, die Versorgung zu verbessern, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, solange das Gesundheitswesen nicht generell umgebaut und die Ausgaben gemessen am BIP grundsätzlich und dauerhaft angehoben werden (vgl. auch C.a., 2002/11, Ü 17). -gs-

14 Chinesische Auslandsstudenten bevorzugen Großbritannien

Im Jahre 2002 hat die Zahl der in Großbritannien studierenden Chinesen erstmals die in den USA übertraffen. Rund 60.000 chinesische Studenten sollen dort nach Angaben von Hu Benmo, einem Projektmanager für kulturellen Austausch, studieren, und das obwohl sie bis zum Ende ihres Studiums rund 200.000 Yuan (24.100 US\$) aufbringen müssen. Zurückgeführt wird dies auf das Ansehen der britischen Hochschulen, ihr breites Programmangebot und die kürzeren Studienzeiten. Der britische Botschafter in Beijing betonte, dass vor allem die hohen Standards der Universitäten seines Landes in China begrüßt würden und es eine zunehmende Zahl reicher Familien gäbe, die sich ein Studium in Großbritannien leisten könnten. Die britische Regierung

hat ihrerseits für Auslandsstudenten die Regularien für Gesundheitsvorsorge, Visa und studienbegleitende Jobs verbessert.

Die Zahl chinesischer Studenten ist in diesem Jahr um weitere 36% auf 7.903 gestiegen. Obwohl die Hongkonger Studenten (2.901) noch extra gezählt werden, stellen die Festlandchinesen damit die größte Gruppe an Auslandsstudenten und haben auch die Iren (5.943) überholt; es folgt die Gruppe der Nigerianer mit 2.912 Studenten (XNA, 18.7.03; ST, 9.8.03). -gs-

15 Weltkulturerbe in China

Drei neue Stätten in der VR China wurden in die Liste des globalen kulturellen Erbes aufgenommen, wie die UNESCO am Ende ihrer 27. Kommissionssitzung (30.6. bis 5.7.) in Paris bekannt gab. Diese Liste ist nicht nur weltumspannend, ihr liegt auch ein Kulturbegriff zugrunde, der Naturstätten und Landschaftskunst ebenso einbezieht wie prähistorische Kultstätten sowie mittelalterliche und Kulturstätten der klassischen Moderne. Dies wird auch durch die drei benannten neuen Stätten des Weltkulturerbes in China deutlich, die neben 21 weiteren neu in die Liste aufgenommen wurden. Dabei handelt es sich um zwei Mausoleen aus der Zeit der Ming-Dynastie (1368-1644) sowie ein Naturreiservat.

Das Xiaoling Mausoleum in Nanjing ist die letzte Ruhestätte des ersten Mingkaisers Zhu Yuanzhang und seiner Gemahlin. Nach chinesischen Angaben hat die Stadtregierung bereits über 3 Mio. Yuan RMB (366.000 US\$) zum Erhalt dieser Stätte ausgegeben, die zum Pflichtprogramm jedes Touristen gehört, der sich in der Hauptstadt der Provinz Jiangsu aufhält. Seine Bauweise beeinflusste auch die folgenden Grabbauten der Ming- und Qing-Kaiser stark, sodass es nur konsequent ist, dass auch die Ming-Gräber nahe Beijing neu aufgenommen wurden, die für die folgenden 13 Kaiser und 23 Kaiserinnen der Ming vom 15. bis zum 17. Jahrhundert entstanden. Seit 2000 hat hier die Stadtregierung bereits 170 Mio. Yuan RMB zum Erhalt aufgewendet, weitere 400 Mio. Yuan RMB sollen es bis 2008 werden.

Als dritte Stätte wurde ein Naturreiservat berücksichtigt, das im Zusammenfluss der drei Flüsse Jinsha, Nujiang und Lancang auf rund 41.000 qkm in der Provinz Yunnan entstanden ist und sich bis zum Süden des Qinghai-Tibet-Plateaus erstreckt. Es ist berühmt für seine einzigartige Landschaft und die biologische Vielfalt. Obwohl es nur 0,4% des chinesischen Territoriums ausmacht, beherbergt das Gebiet mit seinen zahlreichen Bergen (davon 118 mit über 5.000 m Höhe), alten Wäldern und Hunderten von Seen über 20% der in China beheimateten botanischen Spezien und 25% der Tierarten.

Insgesamt sind damit 29 Stätten in China zum Weltkulturerbe erklärt worden, dessen Liste 754 Stätten umfasst, davon 582 kultureller und 149 natürlicher Art, die übrigen gehören zu beiden Kategorien. Zu den chinesischen Stätten gehören u.a. die Große Mauer, der Taishan, die Mogao-Grotten und der Potala Palast. Die nächste entsprechende Sitzung der UNESCO wird 2004 in Suzhou in der Provinz Jiangsu stattfinden (FAZ, 5.7.03; XNA, 6.7.03). -gs-

16 Hilfe für Studenten in finanziellen Schwierigkeiten

Das Erziehungsministerium hat am 21. Juli eine „Mitteilung“ herausgegeben, in der es alle Hochschulen und verantwortlichen Verwaltungen dazu auffordert, für die reibungslose Immatrikulation und das reibungslose Studium von Studenten zu sorgen, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Diese Mitteilung, die bereits bestehende politische Richtlinien erneut betont und bestärkt, scheint ein Reflex auf die zunehmende Kommerzialisierung der Hochschulen zu sein, die auch die Sorge um finanziell Schwächere in den Hintergrund drängt. Insofern stehen die konkreten Hinweise an die Hochschulen auch unter dem generellen Aufruf, der Politik des Zentralkomitees der KP Chinas sowie des Staatsrats zu folgen und entsprechend der ideologischen Richtlinie der „drei Repräsentationen“ zu handeln, um so zu garantieren, dass Studenten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Aufnahmeprüfungen zu einer staatlichen Hochschule bestan-

den haben, ohne Probleme ihr Hochschulstudium aufnehmen und auch beenden können. Es müsse sichergestellt werden, dass keiner von ihnen aus wirtschaftlichen Gründen sein Studium abbreche.

Das Ministerium weist darauf hin, dass es bereits eine Fülle von Hilfsmöglichkeiten gebe: staatliche und andere Stipendien, Bankkredite (vor allem staatliche Kredite zur Unterstützung des Studiums), Arbeit neben dem Studium, spezielle Zuschüsse für finanziell Schwache und Verminderung der Studiengebühren. Das Problem sei aber, dass die Verantwortlichen in einigen Gebieten und Hochschulen diese Möglichkeiten nicht genügend beachtet und auch nicht propagierten. Hier müsste von den zuständigen Behörden umfassend geprüft werden, inwieweit die verschiedenen Programme vorhanden seien und praktisch angewendet würden. Des Weiteren sollten Verantwortlichkeitssysteme mit bestimmten Zuständigkeitsbereichen und entsprechender Arbeitsteilung der Leitungen bis hin zu persönlicher Betreuung geschaffen werden. Parallel dazu müsse das Kreditwesen Maßnahmen ergreifen, um die staatliche finanzielle Hilfe abwickeln zu können.

In der Mitteilung wird weiter gefordert, die Hilfsmöglichkeiten stärker zu propagieren. So sollte bereits in den Immatrikulationsunterlagen auf diese hingewiesen und den Absolventen der Aufnahmeprüfungen entsprechende Formulare zugesandt werden. Alle Hochschulen, die dies versäumt haben, sollten die Zusendung nachholen, um wirklich alle angehenden Studenten verständlich zu informieren. Dann sollte an den Hochschulen selbst aber auch ein System der „grünen Welle“ eingeführt werden, um den betroffenen Studenten ein reibungsloses Studium zu ermöglichen. Auf keinen Fall sei es einer Hochschule erlaubt, aus welchen Gründen auch immer, Studenten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht aufzunehmen. Sollte dies vorkommen, müsse die Verantwortung der Leitungen klar geprüft werden. Die oben genannten Hilfsmaßnahmen sollten mehr und gewissenhafter als bisher genutzt werden, außerdem müsse die „10%-Regel“ konsequent umgesetzt werden, wonach 10% der Gebühreneinnahmen der Hochschulen dazu

verwandt werden sollen, die Zuschüsse an Werkstudenten und Studenten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erhöhen.

Schließlich verweist das Ministerium auch noch darauf, dass die Hochschulen sich an die politische Festlegung zu halten hätten, die Gebühren nicht zu erhöhen; dies sei von den zuständigen Erziehungsbehörden zu kontrollieren (GMRB, 22.7.03, A2). -gs-

17 Anstieg an Studenten und Absolventen

Mit dem Abklingen der SARS-Krise und der Wiederaufnahme des Normalbetriebs an den chinesischen Hochschulen bestätigen sich auch die Zahlen, die einen großen Anstieg an Studenten und Absolventen zeigten (vgl. C.a., 2003/06, Ü 15, 17). Bei der Aufnahme der steigenden Zahl der Studienanfänger (gegenüber 2002 ein Plus von 620.000) spielen auch die privaten Hochschulen und neuen „selbstständigen Akademien“ eine immer wichtigere Rolle. Jeder zehnte Student in Shanghai z.B. studiert an einer privaten Hochschule, von denen es in der Stadt über 1.800 gibt. Die Attraktivität dieser nicht vom Staat finanzierten Einrichtungen ist gestiegen, seitdem sie, wie Beispiele zeigen, nicht mehr allein mit emeritierten Universitätslehrern und in angemieteten Unterrichtsräumen arbeiten, sondern stattdessen mit staatlichen Hochschulen kooperieren und deren Lehrpersonal einsetzen; auch die Prüfungen werden an staatlichen Hochschulen durchgeführt (XNA, 14.7.03). Darüber hinaus haben sich seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung privater Bildung (in C.a., 2003/06, S.723-733) die Aussichten für private Investoren verbessert. An den über 300 „selbstständigen Akademien“ studieren derzeit mehr als 400.000 Studenten und es ist geplant, weitere 300.000 noch in diesem Jahr aufzunehmen (GMRB, 16.7.03, A1).

Shanghai meldet auch einen Anstieg der Postgraduierten, der durch die wegen SARS verschobenen Prüfungen erst im Juni deutlich wurde. 79.300 Studenten, 32,6% mehr als im Vorjahr, hätten sich für ein weiterführendes Studium angemeldet, 18.500 seien als Postgraduierte angenommen wor-

den, ein Anstieg um 27,4% (XNA, 8.7.03).

Über die Schwierigkeiten der gestiegenen Zahl von Hochschulabsolventen, entsprechende Arbeitsplätze zu finden, wird bereits seit längerem diskutiert. Auch hier scheint sich die Lage nach dem Ende von SARS zu entspannen. Shanghai nahm für sich in Anspruch, dieses Problem weitgehend gelöst zu haben. Insgesamt sei die Zahl der Absolventen in der Stadt im Vergleich zum Vorjahr um 31% auf 81.733 gestiegen, von denen bis Ende Juni 73% einen Arbeitsplatz gefunden hätten. Dabei hätten von den Postgraduierten 94%, von den Absolventen der regulären Hochschulen 81% und von den Abgängern der Institutionen beruflicher und technischer Bildung 56,6% einen Job erhalten (XNA, 2.7.03).

Durch die angespannte Jobsuche wurde auch eine Diskussion über das Funktionieren des Arbeitsmarktes angeregt, da der Vielzahl von Suchenden über 2 Mio. freie Arbeitsplätze gegenüberstehen, d.h. sowohl die Zahl der freien Stellen als auch die der Arbeitssuchenden sei gegenüber 2002 gestiegen, um 685.000 im ersten und 535.000 im zweiten Fall. In einem Beitrag für die *Guangming Ribao* wurde dafür vor allem die Einstellung der Arbeitssuchenden verantwortlich gemacht, die übertriebene und falsche Erwartungen an ihre künftige Arbeit hätten. Dies zeige z.B. ein Vergleich der angestrebten Hochschulabschlüsse (wie z.B. Bio-engineering, internationale Wirtschaft und Außenhandel, Umwelt-engineering) mit den Bereichen, in denen qualifiziertes Personal nachgefragt sei (wie z.B. Elektrotechnik, neue Energien, Nachrichtentechnik). In der Provinz Jiangsu z.B. hätten gerade alle Absolventen der Fächer Arbeitsplätze erhalten, die nicht als sehr begehrt gelten (Philosophie, Marxismus-Leninismus, Astronomie). Und wenn man sich – den Ergebnissen einer Untersuchung in 89 Städten folgend das Verhältnis von freien Arbeitsplätzen zu Arbeitssuchenden anschauere, erkenne man ebenfalls deutlich ein Missverhältnis. Zum Beispiel käme in Tianjin auf acht freie Stellen für Einkäufer nur ein Bewerber, dafür aber auf eine freie Stelle als Fahrer 31 Bewerber. Ähnlich in Chongqing: sechs Bewerbungen auf eine Fah-

rerstelle, aber acht Stellen für Elektroingenieure bei nur einem Bewerber. Durch dieses Missverhältnis gingen in China praktisch 17% der Beschäftigungsmöglichkeiten verloren, insgesamt landesweit 1,5 Mio. Arbeitsplätze. Dem müsse mit verstärkter Erziehung und Berufsinformation sowie durch verbesserte Berufsberatung entgegen gewirkt werden, um langfristig das „matching“ von Stellen und Bewerber zu erhöhen (GMRB, 8.7.03, A1). -gs-

18 Die Beijing-Universität will lebenslange Anstellungen beenden

In der Beijing-Universität wird seit Mitte Mai ein Reformvorhaben heftig debattiert, das die Aufhebung der lebenslangen Beschäftigung für alle Lehrkräfte außer den Professoren vorsieht. Ein erster Entwurf war am 12. Mai, ein zweiter am 16. Juni zur Diskussion gestellt worden. Ausgenommen werden sollen auch alle Fakultätsmitglieder, die seit 25 Jahren an der Universität lehren oder die seit 10 Jahren ununterbrochen lehren und nur noch 10 Jahre oder weniger vom Ruhestand entfernt sind. Den Übrigen sollen in Zukunft nur noch Verträge mit bis zu 12 Jahren Laufzeit angeboten werden. Dieses Vorhaben ist eingebettet in eine weitergehende Diskussion um die Strukturreform der Hochschulen, zu der auch gehört, neue Stellen international auszusuchen (wie dies z.B. die Nanjing-Universität bekannt gegeben hat, vgl. C.a., 2003/05, Ü 22) und nicht mehr die eigenen Absolventen zu rekrutieren. Ziel dieser Reformen ist es, Chinas Universitäten auf Weltniveau zu bringen, in diesem Fall durch die Vermeidung von „Inzucht“ sowie die Offenlegung und Erhöhung der Anstellungskriterien. Gegner der Reform betonten u.a., dass gerade durch die Nichtberufung von eigenen Absolventen aber das Gegenteil erreicht würde, da die guten Doktoranden sich dann an anderen Hochschulen einschreiben würden (XNA, 11.7.03; ST, 12.7.03). -gs-